FDP Waldeck-Frankenberg

AUFWANDSENTSCHÄDIGUNG FÜR JÄGER KANN NUR EIN ANFANG SEIN

24.11.2020

- **Freie Demokraten verwundert über Kurswechsel der Landesregierung**
- **Weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest erforderlich**
- **Schwarzwild muss verstärkt bejagt werden**

WIESBADEN – „Das ist ein Anfang, aber mehr auch nicht“: So kommentiert Wiebke KNELL, jagdpolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, die Ankündigung von Umweltministerin Priska Hinz, die Maßnahmen zur Früherkennung der Afrikanischen Schweinepest zu verstärken und die Aufwandsentschädigung für Jägerinnen und Jäger von 30 auf 50 Euro zu erhöhen, damit tot aufgefundene Wildschweine untersucht werden. „In der vergangenen Sitzung des Umweltausschusses wurde ein Antrag von uns Freien Demokraten, ein Förderprogramm für präventive Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest aufzulegen noch abgelehnt. Daher wundert es uns schon, dass die Ministerin nun doch aktiv wird“, sagt Knell. „Bislang hat die Landesregierung die Afrikanische Schweinepest leider auf die leichte Schulter genommen. Dabei ist es zwingend notwendig, die Schwarzwildbestände zu reduzieren, um die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest einzudämmen.“

Abgerufen am 02.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=880

Knell ergänzt: „Was Priska Hinz nun vorlegt, reicht allerdings bei weitem nicht aus, um die Gefahr der Afrikanischen Schweinepest zu bekämpfen. Es müssen nicht nur Aufwandsentschädigungen gezahlt werden, damit die Zahl der Beprobungen von verendetem Schwarzwild ansteigt. Es sollten auch finanzielle Anreize in Form einer Erlegerprämie eingeführt werden. Wir Freie Demokraten fordern darüber hinaus, dasssich das Land an den Kosten der Jägerschaft für Hundeschutzwesten, Ortungsgeräte und Prüfungsgebühren für Jagdhunde beteiligt.“

Abgerufen am 02.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=880